

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Büsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Wälten St. Niklas, St. Jakob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Kuchschappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 186

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.
Freitag, den 13. August

Haup-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementspreis: 1 Mk. 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf., einzelne Nummern 10 Pf., Zusendungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Buchhandlung Nr. 56, als Kaiserliche Postanstalt, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfzehntägige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pf. berechnet. Kleinanzeigen 30 Pf. Am nächsten Tage kostet die postpahlige Zeile 30 Pf. Telegramm-Adresse: C a g e b l a t t. Druck- und Anschlag Nr. 7. Inseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Die Volksbibliothek zu Gallberg

Montags von 2-3, Mittwochs und Sonnabends 11-12 Uhr geöffnet.

Freitag, am 13. August 1909
vorm. 9 Uhr

sollen in Lichtenstein

1 Schraubenstock, 1 Schleiffstein, 1 Stein, Werkzeuge, altes Eisen,

1 zweirad. Wagen, 1 Dezimalwaage, 1 Wagen ohne Kasten usw. und aufstehendes Korn

öffentlich versteigert werden.

Sammelort der Bieter im hiesigen königl. Amtsgericht.
Lichtenstein, am 11. August 1909.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts.

Das Wichtigste.

* Das deutsche Kaiserpaar weilt seit gestern auf Wilhelmshöhe.

* Der preussische Kriegsminister von Einem ist von seiner Stellung entbunden und mit der Führung des 7. Armeekorps (Münster) beauftragt worden.

* Die Flotte hat die Abiegung des griechischen Retropolitzen von Janina wegen seiner Agitation für Griechenland verlangt.

* Der Besuch des Sultans beim Kaiser von Russland soll am 28. dieses Monats auf der Krim stattfinden.

* Unter den Mohmands in Nordwestindien macht sich seit kurzem eine neue britischfeindliche Bewegung bemerkbar.

* Außer bei Mexiko ist es jetzt auch bei Benon de la Gomera im marokkanischen Missgebiet zu Feindseligkeiten der Eingeborenen gegen die Spanier gekommen.

Bruder Jonathan am Goldenen Horn.

Die Washingtoner Meldung, Laft beabsichtige die amerikanischen Interessen nicht nur in Ostasien, sondern auch im nahen Osten mit aller Energie zu vertreten und nach Möglichkeit auszudehnen, verdient in Europa große Beachtung. Immer deutlicher zeigt sich das Bestreben der Unionregierung, sich im imperialistischen Sinne als Weltmacht zu betätigen. Diese Tendenz ist in den Vereinigten Staaten erst seit elf Jahren, seit dem Spanisch-Amerikanischen Kriege, mit voller Deutlichkeit hervorgetreten. Bis dahin hatten die Vereinigten Staaten sich politisch auf den eigenen Kontinent beschränkt und waren nicht nur Krieger, sondern sogar Bündnissen mit Auslandstaaten grundsätzlich aus dem Wege gegangen. Erst nach dem Pariser Friedensschluss vom 12. Dezember 1898, der den Vereinigten Staaten erheblichen Gebietszuwachs und die „Schutzherrschaft“ über Kuba brachte, begann die Ära der amerikanischen Expansionspolitik. Die Imperialisten, die bis dahin als einzigen Erfolg die Annektion Hawaiis aufzuweisen hatten — der Imperialismus war vor dem Spanisch-Amerikanischen Kriege nicht recht populär — erhielten mit einem Mal Oberwasser; aber während sie die ganze übrige Welt durch das Schlagwort „Amerika den Amerikanern“ von ihrem Kontinent fernhielten, hielten sie selbst eifrig Umschau nach anderen Gebieten, an denen der Expansionsdrang der Union sich betätigen könnte. Daß der nordamerikanische Imperialismus nicht nur ein Auge auf den ferneren Osten, sondern auch auf den europäischen Orient geworfen hat, ist weiteren Kreisen unbekannt geblieben, aber nichtsdestoweniger Tatsache. Das erste äußerlich erkennbare Symptom dieser Bestrebungen war der hartnäckige diplomatische Kampf, der sich 1906 zwischen Washington und Konstantinopel um die Erhöhung der beiderseitigen Gesandtschaften zum Range von Botschaften abspielte. Die Rangserhöhung war von den Vereinigten Staaten gefordert, von der türkischen Regierung mit der üblichen Fähigkeit dilatorisch behandelt worden. Endlich gab Sultan Abdul Hamid mit allen Zeichen von Willkür nach und bequeme sich dazu, den amerikanischen Gesandten Reishman als Botschafter zu empfangen, nachdem er diesen Empfang viele Wochen hindurch von einem Freitag auf den anderen hinausgeschoben hatte. Die türkische Vertretung in Washington ist noch lange danach eine Gesandtschaft geblieben.

Der Widerstand der türkischen Regierung gegen die amerikanische Forderung war erklärlich und berechtigt. Die amerikanischen Interessen in der Türkei, die politischen wie die kommerziellen, sind so geringfügig, daß sie den großen Apparat einer Botschaft und die Sonderstellung eines Botschafters in keiner Weise rechtfertigen. Es kann dem Sultan nicht gleichgültig sein, wenn zu den sechs Mächten, die sich alle Augenblicke in die inneren Angelegenheiten seines Landes einmischen, noch eine siebente hinzutritt. Schon im Sommer 1906, noch ehe er zum Botschafter „berufen“ wurde, hatte Reishman Miene gemacht, in die Verhandlungen der Mächte betreffs der dreiprozentigen türkischen Zollerhöhung störend einzugreifen. Er hatte der Flotte ierlich erklärt, seine Regierung würde ihre Zustimmung zu der Zollerhöhung verweigern, falls nicht die langjährige Forderung der Vereinigten Staaten in Bezug auf die staatliche Anerkennung der amerikanischen Schulen in der Türkei in allen Punkten erfüllt sein würde. Der jeder rechtlichen Basis entbehrende Schritt des amerikanischen Gesandten blieb erfolglos; seine Erklärung wurde einfach ignoriert.

Diese Schulfrage ist es gerade, so schreibt der „Dr. A.“, die den Türken das größte Mißtrauen gegen die Amerikaner einflößt. Während andere Mächte mit älteren Rechten in der Türkei zumeist nur Volksschulen gegründet haben, die lediglich dem Zwecke dienen, den Kindern der betreffenden Staatsangehörigen ihr Volkstum zu erhalten, haben die Vereinigten Staaten in der europäischen und asiatischen Türkei eine ganze Menge Missionschulen errichtet, die zumeist von Amerikanern und Griechen, in Kleinasien fast ausschließlich von Amerikanern besucht werden. In diesen Schulen werden halbkultivierten, unreifen Orientalen amerikanische Freiheits- und Unabhängigkeitsdoktrinen vorgetragen, welche auf das Unterjochungsverhältnis dieser jungen Armenier und Griechen zur türkischen Regierung den schlimmsten Einfluß ausüben. Namentlich die Armenier, welche die amerikanischen Missionschulen besucht haben, wandern in großer Anzahl nach Amerika aus, erwerben dort das amerikanische Staatsbürgertum und kehren nach einiger Zeit, mit amerikanischen Bässen versehen, nach der Türkei zurück, wo sie dann unter ihrem Stammesgenossen gegen die türkische Staatsautorität aufwiegen. Das Mißtrauen der Türken gegen die Amerikaner ist in unveränderter Stärke auf das neue Regime übergegangen und wird den eingangs erwähnten Bestrebungen des Präsidenten Laft unabweisbar große Hindernisse bereiten.

Deutsches Reich.

Berlin. Rücktritt des Kriegsministers v. Einem.) Wie wir erfahren, ist der preussische Kriegsminister General von Einem auf eigenen Wunsch durch den Kaiser von seinem Posten entbunden und gleichzeitig mit der Stellvertretung des Kommandierenden Generals des 7. Armeekorps (Münster), Generals der Kavallerie von Bernhardt, beauftragt worden. General von Einem weilt seit längerer Zeit als Gast des Kaisers in Hubertusbad, wo er Erholung von den Nachwirkungen seiner Krankheit sucht. Der überraschend erfolgte Rücktritt des Kriegsministers ist lediglich auf den besonderen Wunsch des Generals, an die Spitze eines Armeekorps gestellt zu werden, zurückzuführen. General von Einem, der, sobald das Abschiedsgesuch des Generals von Bernhardt Erlaubigung gefunden haben wird, auch zum kommandierenden General des 7. Armeekorps ernannt werden

wird, ist in diesem Armeekorps eine bekannte Persönlichkeit. Er hat hier einst das Kürassierregiment Nr. 4, das zum Korps gehört, als Kommandeur befehligt und ist der Chef des Generalstabes dieses Armeekorps gewesen. Auch jetzt hat der General noch in seiner Stellung a la suite der 4. Kürassiere besondere Beziehungen zum Korps. Es ist daher nicht zu verwundern, daß der General, nachdem General von Bernhardt seine Absicht, zurückzutreten, kundgegeben hatte, dem Kaiser erneut den Wunsch ausdrückte, gerade an die Spitze dieses Korps zu treten. Der Gesundheitszustand des bisherigen Kriegsministers hat sich seit seinem Aufenthalt in Nequpten sehr gehoben. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt.

(Die Reichsversicherungsordnung) stand im Mittelpunkt der Erörterungen des 10. deutschen Handwerker- und Gewerbetagess. Das erste Referat hierzu erstattete im Auftrage der Breslauer Handwerkskammer deren Syndikus, Dr. jur. Baeschke. Neben stellte seine Forderungen in folgenden Leitsätzen zusammen: Der 10. deutsche Handwerker- und Gewerbetagess ist wegen der erheblichen Mehrbelastung des Arbeitgeberstandes und anderer Gründe der Ansicht, daß er nicht geeignet ist, in der vorliegenden Form zum Gesetz erhoben zu werden. Der Entwurf bringt eine derartige Erhöhung der Kosten unserer Sozialpolitik mit sich, daß die selbständigen Handwerker, welche bald an der Grenze ihrer Steuerfähigkeit angelangt sind, diese neue Belastung unbedingt abweisen müssen. In dem Korreferat über dieses Thema wurden unter anderem folgende Forderungen aufgestellt: Die weitere Ausgestaltung der Unfallversicherung kann für den Handwerker nur ihren Zweck erfüllen, wenn a) mittels der projektierten Zusatzversicherung nicht nur für den Versicherten, sondern auch für seine Angehörigen gesorgt ist, b) in seinem Falle eine Gegenleistung ausbleibt und c) die Zusatzrente anstatt erst beim Eintritt der Invalidität schon von einem bestimmten Lebensalter ab gewährt wird. Zur Hinterbliebenenversicherung wird die als Ersatz der bisher ausgeübten Zollerüberschüsse vorgesehene Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung und die Zuschußbewilligung zu den Witwen- und Pensionen keine glückliche Lösung der Frage genannt, denn die hierdurch erforderliche Neubelastung der Arbeitgeber werde vielleicht das Doppelte der angenommenen 20 Millionen betragen. Es erwies sich ein vorläufiger Verzicht auf die Witwen- und Pensionenversicherung mangels verfügbarer Mittel, um nicht bei der gegenwärtigen Unsicherheit und Unzulänglichkeit unserer gesamten Volks- und insbesondere Finanzwirtschaft einzelnen Berufsständen neue, sehr bedeutende Lasten aufzuerlegen. — Bezüglich der Stellung zu dem neugegründeten Hansabund lag der Tagung eine Entschließung des geschäftsführenden Ausschusses vor, die besagt: Die Nachrichten der Presse über den angeblich erfolgten einmütigen Beitritt des deutschen Handwerks zum Hansabund veranlassen den geschäftsführenden Ausschuss zu folgender Erklärung: „Mit Rücksicht darauf, daß eine gerechte Würdigung der Interessen des Mittelstandes infolge seiner volkswirtschaftlichen wie nationalen Bedeutung die gemeinsame Aufgabe aller staatserbaltenden Parteien in den deutschen Parlamenten sein muß und in letzter Zeit auch gewesen ist, lehnt der geschäftsführende Ausschuss jede einseitige wirtschafts- oder parteipolitische Stellungnahme ein für allemal ab.“ Diese Entschließung fand die Billigung der Versammlung.

1/9 Uhr
Tel m.
wünscht.
Hof
n. 12. Aug.
ee- und
e Kräfte.
geforgt.
Söhler.
Söhner.
Söhnerfeld
berg-L.
onzert,
Ball.
und Getränke.
S. Wolf.
berg.
König
Reinhold.
Söhner.
ergebenst ein
Reinhold.
berg.
geräumigen
haltung.
Klause,
Söhner.
berg.
Söhner und aus-
Schwarz.
Callenberg.
des Jahr-
freundlichst ein.
Getränke
er Besitzer.
Btragen,
dagegen
Blauen.